

**Werner Uth,
Bürgermeister in Gotha:**

Mitverantwortung auf Bürgeranliegen reagieren

Eine Gesamtmitgliederversammlung unserer Grundorganisation beim Rat der Stadt Gotha im Dezember 1985 nahm erneut zum bürgernahen, dem Wohle der Einwohner dienenden Arbeitsstil des Rates und seiner Mitarbeiter Stellung. Anlaß war eine Beschwerde eines Bürgers wegen einer nicht termingemäß eingehaltenen Zusage.

Es ist ein Anliegen unserer Parteiorganisation, daß jede Eingabe gewissenhaft bearbeitet, im Interesse des Bürgers erledigt wird. Und jeder Bürger soll im persönlichen Gespräch eine eindeutige Antwort erhalten. Die Eingabenarbeit steht bei uns unter Parteikontrolle. Die Mitgliederversammlung setzte sich darum entschieden damit auseinander, daß ein Versprechen nicht gehalten worden ist. Wenn ein Terminverzug unvermeidlich ist, so bekräftigen die Genossen, muß man in jedem Fall rechtzeitig mit dem Bürger darüber reden, ihm die Gründe offen darlegen. Zugleich ist nach Wegen zu suchen, wie seinem berechtigten Anliegen entsprochen werden kann. Es ist ein neuer, realer Termin festzulegen.

Um Versäumnisse in Zukunft auszuschließen, traf unsere Gesamtmitgliederversammlung konkrete Schlußfolgerungen:

1. Um in allen Fachabteilungen volksverbundenen, bürgernahen Arbeitsstil zu gewährleisten, darf nichts am grünen Tisch entschieden werden, sind alle Anliegen der Bürger im persönlichen Gespräch mit ihnen zu erörtern.
2. Regelmäßig wird anhand von Eingabenanalysen in den Parteigruppen und den Mitgliederversammlungen beraten, wie diesem Prinzip entsprochen wird.

3. Anträge von Bürgern - gleich welcher Art -, die im vergangenen Jahr aus volkswirtschaftlichen Erwägungen begründet abgelehnt werden mußten, sind noch einmal zur Hand zu nehmen; es ist zu prüfen, ob sie nicht 1986 realisiert werden können.

Als Bürgermeister sehe ich meine besondere Verantwortung darin, konsequent durchzusetzen, daß nichts unter den Tisch fällt, was Bürger an Abgeordnete oder Staatsfunktionäre herantragen. Noch vor Jahresbeginn habe ich mit dem Ratskollektiv eine genaue Bestandsaufnahme gemacht, was in den einzelnen Ratsbereichen aus begründeten Umständen noch nicht erledigt werden konnte. Damit wollen wir sichern, daß jede Zusage eingehalten und dem Antragsteller klar Bescheid gegeben wird.

Ab sofort teilen alle Ratsmitglieder dem Bürgermeister wöchentlich - vier Wochen vor dem abgelaufenen Termin - mit, was objektiv nicht rechtzeitig realisierbar ist. Den Bürgern sind unverzüglich die Ursachen darzulegen. So haben Mitglieder des Rates selber mit Wohnungssuchenden gesprochen, für die im Vorjahr eine geplante Wohnungszuweisung noch nicht erteilt werden konnte. Und sie sind in den namentlichen Vergabeplan für 1986 aufgenommen worden.

Die Parteiversammlung zur Auswertung der 11. ZK-Tagung im Dezember hat uns Genossen im Rat zu weiteren Entscheidungen veranlaßt. Auf den vierteljährlichen Wahlkreisaktivberatungen werden künftig Hinweise und Empfehlungen komplexer Natur, aus denen generelle Konsequenzen für das jeweilige Wohngebiet abzuleiten sind, mit den WBA und den Genossen der Patenbetriebe der Wohnbezirke erörtert, um gemeinsam Mittel und Wege zu ihrer Verwirklichung zu finden.

So sind wir Kommunisten im Gothaer Rathaus bemüht, die richtigen Konsequenzen aus den Parteibeschlüssen zu ziehen, mit unserer Arbeit zur Vertiefung des Vertrauensverhältnisses von Partei und Volk beizutragen.

Leserbriefe ...

den Kolleginnen überzeugend auf. Die Autorität der Grundorganisation ist gewachsen. Spricht ein Genosse zur Diskussion, dann hat er stets aufmerksame Zuhörer, denn die Kolleginnen haben selbst die Erfahrung gemacht, daß bei den Genossen Wort und Tat übereinstimmen. Als Parteisekretär erachte ich es für wichtig, einen engen Kontakt zu jeder Leiterin einer Kinderkrippe, ob sie nun Genossin oder parteilos ist, zu pflegen. Bewährt hat sich, die monatlichen Mitgliederversammlungen unserer Grundorganisation jeweils in einer anderen Kinderkrippe durchzuführen. Zu einem Tagesordnungspunkt laden wir die be-

treffende Leiterin der Einrichtung mit ein. Sie berichtet über Erfolge, aber auch über Schwierigkeiten in ihrer Arbeit. Die Genossen geben an Ort und Stelle Rat, sie versuchen bei größeren Problemen zu helfen. Vertrauen ist Voraussetzung und Gewähr für eine wirksame politisch-ideologische Arbeit der Grundorganisation. Die Genossen wissen das und handeln danach.

Jetzt arbeitet die Parteileitung daran, das inhaltliche Niveau des Parteilehrjahres zu verbessern. Hierzu gilt es, die Bereitschaft aller Genossen für die aktive Mitarbeit in den Zirkeln zu fördern. Denn als Genosse gilt es, in der

Arbeit und auch im politischen Gespräch zu überzeugen. Und das ist nur mit mehr Wissen möglich. Die Parteileitung wird gemeinsam mit dem Propagandisten darum ringen, das Parteilehrjahr interessant und lebensverbunden zu gestalten.

Bei jeder Mitarbeiterin das Verständnis dafür auszuprägen, daß von ihrer Tätigkeit große Wirkungen für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in unserer Republik ausgehen, darin sehen wir Genossen eine Aufgabe unseres politischen Wirkens.

Monika Powollik
Parteisekretär Kinderkrippen Rudolstadt